

## Erhöht das sinkende Rentenniveau das Armutsrisiko?

Im Zuge der Auseinandersetzung um die Zukunft der Rentenversicherung verschärft sich der Ton. Ein vermeintliches Argument ist, das sinkende Rentenniveau spiele für das Armutsrisiko gar keine Rolle. Daraus werden zwei Behauptungen abgeleitet:

1. Das Risiko der Altersarmut steigt nicht durch das sinkende Rentenniveau.
2. Ein höheres Rentenniveau hilft Geringverdienenden nicht.

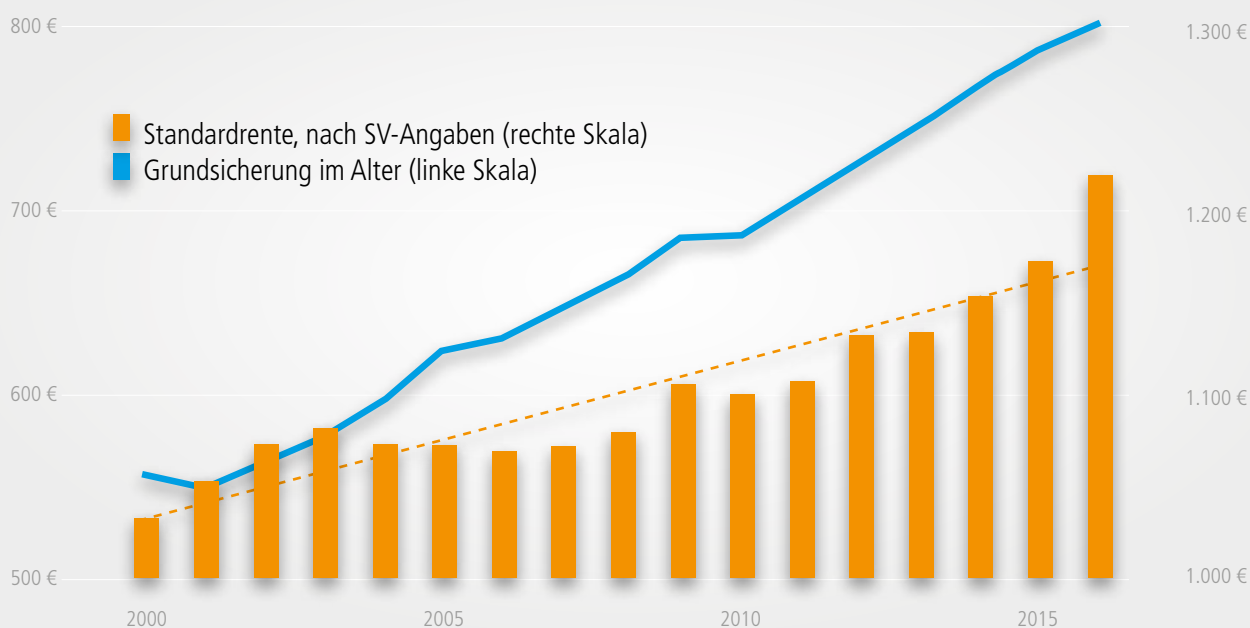
Mit diesen Behauptungen werden die Folgen eines sinkenden Rentenniveaus heruntergespielt und relativiert.

**Beide Behauptungen sind falsch!**

### 1. Mit sinkendem Rentenniveau erhöht sich das Risiko von Altersarmut

Ein stabiles Rentenniveau ist für die strukturelle Armutsfestigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Folgen eines sinkenden Rentenniveaus sind erheblich (vergleiche Abbildung 1): Die Grundsicherung steigt fast 2,5-mal so schnell wie die Netto-Standardrente. Das Existenzminimum (die Grundsicherung im Alter) ist seit dem Jahr 2000 um 244 Euro (rund 44 Prozent), die Netto-Standardrente jedoch nur um 187 Euro (rund 18 Prozent) gestiegen. Die günstige Entwicklung 2016 ist der außerordentlichen, auf Sondereffekten beruhenden Rentenerhöhung zu verdanken, welche deutlich über dem langfristigen Trend (die gepunktete orange Linie) liegt – ohne Kurswechsel in der Rentenpolitik ist eine solche Rentenerhöhung auch nicht wieder zu erwarten.

Grundsicherungsbedarf und Standardrente



# ARGUMENTE FÜR RENTE #2

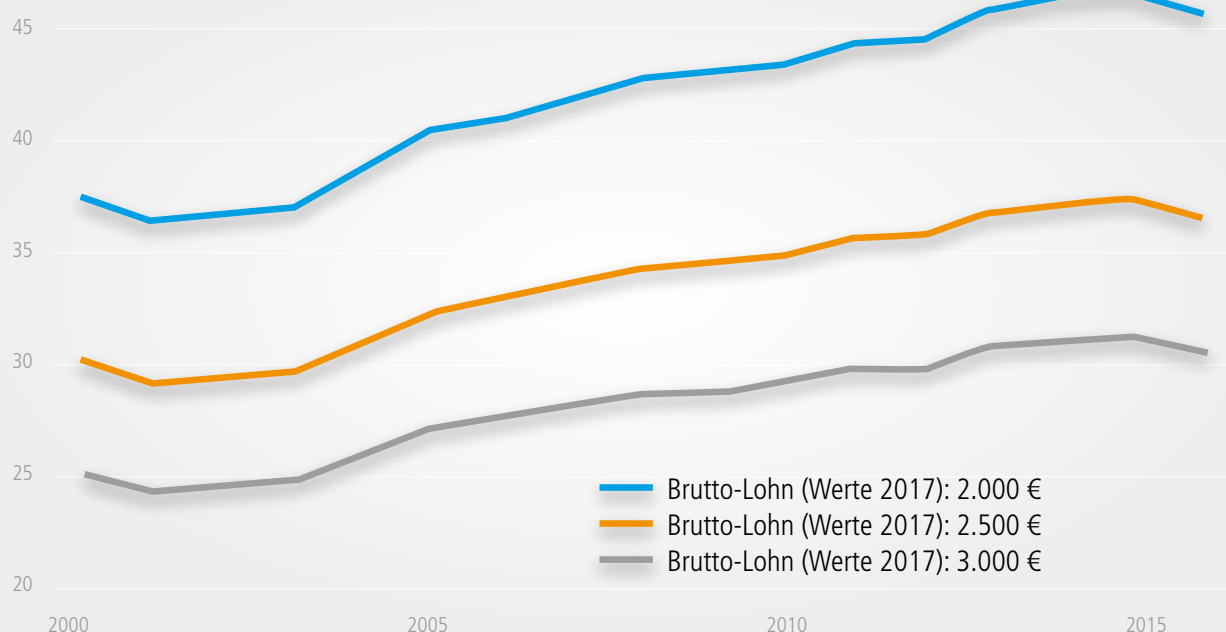
DGB

## 2. Ein stabiles Rentenniveau hilft gerade Geringverdienenden

Ein stabiles Rentenniveau hilft gerade Beschäftigten mit geringem Lohn. Nur bei ausreichendem Rentenniveau kommen die Beschäftigten in einem normalen Erwerbsleben auf eine Rente über der Grundsicherung. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Ein Beschäftigter mit 2.000 Euro Bruttolohn im Monat musste im Jahr 2000 bereits 37,5 Jahre gearbeitet haben, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung im Alter zu erreichen. Im Jahr 2016 waren schon 45,6 Jahre nötig. Bleibt die Entwicklung wie bisher, dann steigen die Jahre immer weiter an.

Das sinkende Rentenniveau bedeutet für eine Person mit 2.000 Euro Bruttolohn, dass sie mehr als acht Jahre länger arbeiten muss, um im Alter wenigstens eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erreichen. Bei einem Bruttolohn von 2.500 Euro muss die/der Beschäftigte rund sieben Jahre länger arbeiten – statt 30 Jahre rund 36,5 Jahre. Und bei 3.000 Euro Bruttolohn steigen die notwendigen Beitragsjahre um fünf Jahre an, von 25 auf 30 Jahre. Je niedriger der Lohn, desto mehr zusätzliche Jahre muss die Person arbeiten, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erreichen. Hier zeigt sich deutlich, dass gerade auch Beschäftigte mit geringem Lohn von einem stabilen Rentenniveau profitieren würden.

### Notwendige Beitragsjahre für eine Rente in der Höhe der Grundsicherung im Alter



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund und Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung.  
Werte der Grundsicherung für Menschen ab der Regelaltersgrenze, außerhalb von Einrichtungen, anerkannter Bruttobedarf (Regelsatz plus Wohnkosten ggf. Mehrbedarfe). Die Netto-Standardrente ist eine Altersrente aus 45 Entgeltpunkten, von der die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgezogen wurden.  
Grundlage der Berechnungen ist die relative Entgeltposition des Nominallohns im Jahr 2017: So entspricht ein Bruttolohn von 2.000 Euro rund 65 Prozent des Durchschnittslohns im Jahr 2017 nach vorläufigen Werten. Der Berechnung zu den notwendigen Beitragsjahren liegt die so ermittelte Einkommenssituation in Entgeltpunkten ausgedrückt zu Grunde.

**RENTE  
MUSS  
AUCH MORGEN  
REICHEN**

[rente-muss-reichen.de](http://rente-muss-reichen.de)